



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09-51/52

Hannover, Georgstraße 53

P/IV/36

25. März 1949

Zehn Jahre Franco

Von Willy Brandt, Berlin

Viele wissen es nicht, andere wollen es nicht mehr wissen, daß von Mitte Juli 1936 bis Ende März 1939 auf spanischem Boden die Vorentscheidung für den zweiten Weltkrieg ausgetragen wurde. Aber es hilft alles nichts. Tatsache ist, daß es sich im Sommer 1936 um einen faschistischen Aufstand gegen eine rechtmäßige demokratische Regierung handelte. Tatsache ist weiter, daß hinter der faschistischen Rebellion nicht nur die spanischen Generale und Großgrundbesitzer ein entscheidender Teil des Kapitals und beträchtliche Teile des katholischen Klerus standen, sondern daß Hitler und Mussolini aktiv eingriffen und den militärischen Aufstand entschieden. Die demokratischen Staaten aber betrieben Nicht-Einmischungs-Politik und glaubten, den Weltfrieden retten zu können, indem sie die spanische Republik de facto ans Messer lieferten.

Der spanische Bürgerkrieg löschte an den Fronten und im Hinterland annähernd eine Million Menschenleben aus. Das war eine grauenhafte, aber keine abgeschlossene Bilanz. Franco nahm eine furchtbare Rache und stützte sich bis jetzt auf einen Polizeipararat, der nach dem Muster der Gestapo und von Gestapolenten aufgebaut wurde. Ende 1941 schrieb der Kommandant von Madrid in einem Geheimbericht, von dem sich eine Fotokopie bei den Akten der UNO befindet, "allein in seinem Gebiet sind damals 26.000 Todesurteile erfüllt worden". Die rechtmäßigen spanischen Behörden im Exil dokumentierten vor Jahresfrist, daß sich 200.000 ihrer Landsleute in Zuchthäusern und Konzentrationslagern befinden, während etwa 350.000 polizeilicher Aufsicht unterstellt sind.

Es ist und bleibt eine Schande, daß dieses Regime den Mai 1945 überleben konnte. Franco hatte geschickt laviert und dennoch war er um nichts besser als die beiden Komplizen, von denen der eine aufgehängt wurde, während der andere sich das Leben nahm. Zugegeben sei allerdings, daß die Moskauer Machthaber denen in Madrid nach Kräften halfen. Franco behauptet seine Machtposition seit Jahr und Tag und in hohem Maße durch die Furcht seiner Untergebenen vor einem neuen Bürgerkrieg. Zur geschichtlichen Wahrheit gehört aber auch, daß die Kommunisten nach 1936 mit der Sache der spanischen Republik auf gewissenlose Art Schindluder getrieben haben. Russische Waffenlieferungen wurden nicht nur mit gutem Geld bezahlt, sondern außerdem

noch zu Erpressungen benutzt, durch die der kommunistischen Minderheit ein übernatürlicher Einfluß verschafft wurde. Auch das Opfer der Internationalen Brigade wurde schmähdlich mißbraucht.

Die spanischen Sozialisten haben aus den bitteren Erfahrungen jener Jahre die einzig mögliche Lehre gezogen, sie haben ihre Geheimorganisation im Lande völlig unabhängig von den Kommunisten aufgebaut. Dort und in der zahlenmäßig starken Emigration ist von ihnen erklärt worden, daß sie mit allen Kräften zusammenarbeiten wollen, die an der Bildung einer demokratischen Regierung mitzuarbeiten bereit ist. Die Frage der republikanischen oder monarchistischen Staatsform braucht dabei nicht vorweg entschieden zu werden.

Der zugespitzte Ost-West-Gegensatz hat der Frage des Franco-Regimes ein neues Gesicht gegeben. Sofern Sowjetfeindlichkeit der einzige Maßstab ist, kann an Francos Loyalität kaum gezweifelt werden. Das aber kann nicht der einzige Maßstab sein. Die Deutschen, die vor vier Jahren durch äußere Umstände ihre Francos losgeworden sind, werden kaum ein entscheidendes Wort mitzureden haben. Nichtsdestoweniger erklären wir, daß wir mit Franco nichts zu tun haben wollen, daß seine Einbeziehung in die europäische Zusammenarbeit die Grundlage dieser Zusammenarbeit erschüttern würde und daß wir uns ausdrücklich solidarisch erklären mit dem spanischen Volk und seinen demokratischen Vertretern.

Schließlich mag dem, der sich während eines Teiles des Bürgerkrieges in Spanien aufgehalten hat, noch ein Wort der Hochachtung gestattet sein, gegenüber jenem großen und noblen Volk, von dem Bismarck sagte, daß er es unter allen Nationen am meisten bewundere: "Wie lebenskräftig muß dieses Volk sein. Seine Regime bemühen sich ausnahmslos, es von Grund auf zu vernichten und haben es doch nicht fertig gebracht".

Sowjetische Friedensschule

sp. Es liegen Mitteilungen vor, nach denen deutsche Kommunisten an der Lenin-Akademie in Moskau in einer Reihe von Tätigkeiten ausgebildet worden sind, die man als eine besondere "Stärkung und Sicherung des Friedens" ansprechen kann. Diese deutschen Kommunisten sollen nämlich in Werkspionage, Bombenherstellung und Eisenbahnschlägen geschult worden sein. Die Schulungszeit soll zwei Jahre gedauert haben; ein Zeitraum, der offensichtlich durch die Wichtigkeit und Bedeutung der Lehrfächer bestimmt wurde. Ein Teil dieser "Förderer des Weltfriedens" soll inzwischen, nach kurzem Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone, nach Westdeutschland weitergeleitet werden sein.

7. April: Generalprobe für 1950

sp. London, 25. März 1949

So aufschlußreich und beachtenswert die bisherigen Ersatzwahlen zum englischen Unterhaus, die bekanntlich alle von der Labour Party gewonnen wurden, auch waren - einen wirklich zuverlässigen Rückschluß auf die politische Haltung der englischen Bevölkerung im vierten Jahre der Labour-Regierung dürften erst die Wahlen zum London County Council, dem Londoner Grafschaftsrat, vermitteln, die zum 7. April anberaumt wurden. Sie gelten allgemein als Generalprobe für die allgemeinen Parlamentswahlen im Jahre 1950. Diese Wertschätzung liegt darin begründet, daß der Londoner Grafschaftsrat, der dem Berliner Stadtparlament ähnelt, in seinen Machtbefugnissen und in seinem Wert unmittelbar hinter dem Unterhaus rangiert und weil die Größe ^{und} der Charakter der englischen Metropole den LCC weit über die parlamentarische Vertretung anderer Grafschaften oder Städte stellt.

Der erste London County Council wurde vor genau 60 Jahren gewählt und von Lord Rosebery geführt. Bis 1934 hatte im LCC das konservative Element die Oberhand. In den letzten 15 Jahren aber gab es stets eine Labour-Mehrheit und niemand anders als Herbert Morrison war der erste Labour Präsident des Londoner Grafschaftsrates. Ihm folgte 1945 Lord Lotham und seitdem steht J.J. Hayward an seiner Spitze, der bei seiner Wahl mit klarer Mehrheit gegen den konservativen Kandidaten obsiegte. Im Rat sind außer der eigentlichen Londoner City noch 28 Londoner Stadtgemeinden vertreten, die den Berliner Stadtbezirken entsprechen. Insgesamt umfaßt der London County Council 129 Mitglieder, die eine Bevölkerung von 3 1/2 Mill. vertreten. Dem Rat, der 57 000 Personen beschäftigt, obliegen neben vielen anderen Aufgaben vor allem auch Wohnungsbau und Stadtplanung. Da noch immer 160 000 Familien in London auf eigene Wohnung warten, gehört die Lösung des Wohnungsproblems zu den dringlichsten und schwierigsten Aufgaben des Rates.

Der bisherige Präsident des LCC, J.J. Hayward, steht im 63. Lebensjahr, stammt aus einer armen Bergarbeiter-Familie in Südwales, ging mit 12 Jahren selbst ins Bergwerk und brachte damals bei zehnstündiger Arbeit den wahrhaft "fürstlichen" Lohn von ganzen sieben Shillingen pro Woche nach Hause. Später wurde Hayward Maschinist und über die Gewerkschaft kam er in den Londoner Grafschaftsrat, den er mit Umsicht und Weitblick leitete. Er genießt den Ruf eines unermüdbaren Arbeiters. In den 21 Jahren, seit er dem LCC angehört, hat J.J. Hayward nur 17 von insgesamt 451 Sitzungen des Rates nicht beigewohnt.

Für die Wahlen zum LCC, der bisher 100 Labour-Vertreter, 21 Konservative, 2 Liberale und 2 Kommunisten umfasste, sind insgesamt 270 Kandidaten nominiert. Darunter 73 Frauen. Der jüngste

25. März 1949

Kandidat ist der 21-jährige Student der Rechte Richard Body. Die Tories führen den Wahlkampf unter dem Motto "Es ist Zeit für einen Wechsel im Grafschafts-Rat" und versuchen mit allen Mitteln, die Labour-Mehrheit zu brechen. Die Labour Party, die für die Wahlkampagne das Schlagwort "Labour vertraut auf London" gewählt hat, sieht jedoch der Generalprobe für 1950 mit Ruhe und Zuversicht entgegen. Die sozialen Fortschritte, deren sich London unter der Labour-Mehrheit im ICC erfreuen konnte, dürften schwerer wiegen als die Kritik an der angeblichen Untätigkeit und mangelnden Initiative, die die Konservativen dem ICC vorwerfen.
(m/B23/253/1/he)

"Ohne Unterschrift"

BBC sendet für Ostdeutschland

Von der am 3. April beginnenden Woche an sendet der Londoner Rundfunk eine ständige Programmfolge für Ostdeutschland in deutscher Sprache.

Der Zweck dieser neuen Sendefolge, ist den Einwohnern Ostdeutschlands zu zeigen, dass sie der Westen nicht vergessen hat, und sie über die Entwicklungen im Westen auf dem laufenden zu halten. Das "Programm für Ostdeutschland" wird viermal wöchentlich gesendet werden, und zwar am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 21 Uhr 30 bis 22 Uhr.

Jeden zweiten Montag wird in dieser halben Stunde eine Auswahl von Hörerbriefen aus Ostdeutschland gesendet. Diese Sendung trägt den Titel "Ohne Unterschrift", da die Briefschreiber aus "naheliegenderen Gründen" darum gebeten haben, ihre Namen nicht bekannt zu geben. Jeden Freitag wird man unter dem Titel "Die zwei Genossen" eine Diskussion zweier Deutscher aus der Ostzone über die politische Lage hören. Diese Diskussion wird einen satirischen Charakter tragen. Jeden Mittwoch erfolgt unter dem Sendetitel "Tatsachen geben die Antwort" eine Gegenüberstellung von osteuropäischen Rundfunkbehauptungen und den wahren Tatsachen.

Nenni lässt Ultimatum unbeantwortet

(sp) Im Dezember vorigen Jahres überreichte das Komitee der Internationalen Sozialisten-Konferenz den Nenni-Sozialisten (ISI) ein Ultimatum, in dem die italienischen Linkssozialisten aufgefordert wurden, ihre Verbindung mit den Kommunisten zu lösen, andernfalls sie aus der Internationalen Sozialisten-Konferenz ausgeschlossen werden müssten. Die gestellte Frist ist dieser Tage abgelaufen. Nenni liess es unbeantwortet und lehnte es damit ab. Das Komitee wird zweifellos auf der Sitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz im Mai den Ausschluss der Nenni-Sozialisten vorschlagen. (m/B23/2/he)

25. März 1949

Kandidat ist der 21-jährige Student der Rechte Richard Body. Die Tories führen den Wahlkampf unter dem Motto "Es ist Zeit für einen Wechsel im Grafschafts-Rat" und versuchen mit allen Mitteln, die Labour-Mehrheit zu brechen. Die Labour Party, die für die Wahlkampagne das Schlagwort "Labour vertraut auf London" gewählt hat, sieht jedoch der Generalprobe für 1950 mit Ruhe und Zuversicht entgegen. Die sozialen Fortschritte, deren sich London unter der Labour-Mehrheit im LCC erfreuen konnte, dürften schwerer wiegen als die Kritik an der angeblichen Untätigkeit und mangelnden Initiative, die die Konservativen dem ICC vorwerfen.
(m/B23/253/1/he)

"Ohne Unterschrift"

BBC sendet für Ostdeutschland

Von der am 3. April beginnenden Woche an sendet der Londoner Rundfunk eine ständige Programmfolge für Ostdeutschland in deutscher Sprache.

Der Zweck dieser neuen Sendefolge ist den Einwohnern Ostdeutschlands zu zeigen, dass sie der Westen nicht vergessen hat, und sie über die Entwicklungen im Westen auf dem laufenden zu halten. Das "Programm für Ostdeutschland" wird viermal wöchentlich gesendet werden, und zwar am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 21 Uhr 30 bis 22 Uhr.

Jeden zweiten Montag wird in dieser halben Stunde eine Auswahl von Hörerbriefen aus Ostdeutschland gesendet. Diese Sendung trägt den Titel "Ohne Unterschrift", da die Briefschreiber aus "naheliegenden Gründen" darum gebeten haben, ihre Namen nicht bekannt zu geben. Jeden Freitag wird man unter dem Titel "Die zwei Genossen" eine Diskussion zweier Deutscher aus der Ostzone über die politische Lage hören. Diese Diskussion wird einen satirischen Charakter tragen. Jeden Mittwoch erfolgt unter dem Sendetitel "Tatsachen geben die Antwort" eine Gegenüberstellung von osteuropäischen Rundfunkbehauptungen und den wahren Tatsachen.

Nenni lässt Ultimatum unbeantwortet

(sp) Im Dezember vorigen Jahres überreichte das Komitee der Internationalen Sozialisten-Konferenz den Nenni-Sozialisten (ISI) ein Ultimatum, in dem die italienischen Linksozialisten aufgefordert wurden, ihre Verbindung mit den Kommunisten zu lösen, andernfalls sie aus der Internationalen Sozialisten-Konferenz ausgeschlossen werden müssten. Die gestellte Frist ist dieser Tage abgelaufen. Nenni liess es unbeantwortet und lehnte es damit ab. Das Komitee wird zweifellos auf der Sitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz im Mai den Ausschluss der Nenni-Sozialisten vorschlagen. (m/B23/2/he)

25.3.1949

Dr. Pünders außenpolitischer Schwerträger

Noch einmal Herr Eisenlohr

sp. Herr Eisenlohr hat in einer Frankfurter Pressebesprechung am 11. März erklärt, er sei nicht außenpolitischer, sondern nur "außenwirtschaftspolitischer Berater" in Frankfurt. Das ist sein Name. Name ist Schall und Rauch. Der frühere Gesandte in Prag, Herr Eisenlohr, gehört zu denen, die denazifiziert wurden und sich vom Nationalsozialismus fernhielten. Er hat dies in der Pressekonferenz dargelegt. Jedoch ist das politische Problem damit, daß man denazifiziert wurde, noch nicht gelöst.

Am 16. März 1938 sandte die Hitler-Gesandtschaft in Prag ein Telegramm nach Berlin, Gesandter war Herr Eisenlohr. Aus dem Dokument erfahren wir, daß in einer Besprechung mit Henlein, dem Führer der Sudetendeutschen Partei, vereinbart wurde, diese werde sich politisch und taktisch in hinfort nach der ihr durch die Gesandtschaft übermittelten Linie deutscher Außenpolitik verhalten. Das Telegramm gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Gesandtschaft hiernach "die Sudetendeutsche Partei fest am Zügel" habe. Denn "meine Weisungen sollen strikt befolgt werden", und "öffentliche Reden und Presse werden im Einverständnis mit mir einheitlich abgestimmt" werden.

Dieser Besprechung folgte am nächsten Tage ein Brief Henleins an den Weizsäckerschen Außenminister Ribbentrop, in dem er um eine Unterredung in Berlin ersuchte. Ausdrücklich bat Henlein, den deutschen Gesandten in Prag, Dr. Eisenlohr, hinzuzuziehen. Herr Dr. Eisenlohr nahm an dieser Besprechung in Berlin teil. Auf ihr wurde Henlein angewiesen, hinfort in engem Kontakt mit Ribbentrop und dem deutschen Gesandten in Prag zusammenzuarbeiten, der der dortige "Vertreter des Herrn Reichsaußenministers" (nicht etwa des Ministeriums, sondern des Nationalsozialisten Ribbentrop persönlich) sei.

Dies war im März 1938. Man begann in Berlin, die notfalls kriegerische Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei vorzubereiten. Henlein wurde dem Kommando der Kriegsmaschine unterstellt. Der Gesandte in Prag war ein Rad in dieser Kriegsmaschine. "Meine Weisungen sollen strikt befolgt werden", heißt es in dem Telegramm.

Der Herr Gesandte Dr. Eisenlohr erklärte den Journalisten in Frankfurt, er sei wegen seines Widerstandes gegen die kriegerische Politik als unbrauchbar abbeufen worden. Wir glauben es ihm. Die Abberufung aus Prag erfolgte im September 1938. Inzwischen war die Tschechoslowakei jedoch dem Druck von außen schon erlegen.

Sieht man, daß ein zukünftiges demokratisches Deutschland auch einer Beamtenschaft bedarf, die nicht nur denazifiziert, sondern von dem Geist echter Demokratie erfüllt ist? Glaubt man in der Frankfurter Verwaltung etwas, dieser Geist von Prag sei es, der Deutschland zur Genesung bringen könne? (b/B49/253/1/hs)

Jugendschutz in der Ostzone

(sp) Die ostzonalen Gesetzgeber haben die Bestimmungen über den Jugendschutz neu gefasst und die Ostzonenpresse schrieb dementsprechend vom "fortschrittlichsten" Jugendschutz. Die Wirklichkeit läßt jedoch wenig fortschrittliche Tendenzen verspüren. Die Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen kümmern sich ebenso wenig wie die Betriebsleitungen darum, dass die Jugendschutzgesetzgebung beachtet wird. Sie fordern im Gegenteil die Jugendlichen auf, Jugendaktive und Jugendbrigaden zu bilden, die mit den alten Hennecke-Aktivisten in Wettbewerb treten sollen. Die lokale Presse unterstützt diese von der SED über den kommunistischen Gewerkschaftsbund betriebene Ausbeutung der Jugend. Es interessiert dabei nicht, dass die in den Jugendschutzbestimmungen vorgesehene zeitliche Beschränkung der Arbeitszeit überschritten wird und dass die Jugendlichen an Sonntagen Henneckeschichten fahren müssen.

Die amtlichen Stellen, die für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen sorgen müssten, wagen es nicht, einzuschreiten. Das ist im Hinblick auf die geltende Gesetzgebung zwar zweifellos pflichtwidrig, aber bei dem in der Ostzone herrschenden System immerhin verständlich. Mit Hilfe des Hennecke-Ausbeutersystems hat daher die SED in der Ostzone die formal bestehenden Jugendschutzbestimmungen wirksam ausgeschaltet und praktisch bedeutungslos gemacht.

+

Oxenstjerna - modern illustriert

In der "Neuen Volkszeitung", New York, schreibt
Gerhart Seger u.a.:

"Wenn man das faszinierende Buch "Roosevelt und Hopkins" von Robert Sherwood liest, das auf 979 Seiten die Geschichte der letzten zwölf Jahre aufs Eindringlichste schildert, so erhält man, besonders im zweiten Teile des Buches, einen wahrhaft erschütternden Eindruck von der mit Naivität gemischten Ehrlichkeit, mit der die leitenden Politiker der Vereinigten Staaten die Freundschaft Russlands erstrebt haben, und wie sie fest geglaubt haben, Russland sei durch die ihm gewährte Hilfe Amerikas zu einer wirklich befreundeten Nation geworden. Das ist umso erstaunlicher, als selbst aus den in diesem Buche wiedergegebenen vertraulichen Berichten von Harry Hopkins an Roosevelt über seine Verhandlungen mit Stalin und aus den übrigen Dokumenten hervorgeht, wie wenig die Sowjets ein Wohl aus ihren späteren Absichten gemacht haben. Aus diesem Grunde, wie auch aus den Stellen des Buches über die Politik gegenüber dem besiegten Deutschland ergibt sich die Wahrheit des berühmten Wortes des schwedischen Kanzlers Oxenstjerna: "Mein Sohn, Du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!" (a/1/253/1/he)

Gründung eines katholischen Unternehmerverbandes

Am Sonntag, dem 27. März wird in Gegenwart des Kardinals Frings in Königswinter am Rhein ein katholischer Unternehmerverband gegründet werden. An den Gründungsvorbereitungen sind mehr oder weniger alle prominenten westdeutschen Wirtschaftsführer beteiligt, soweit sie katholisch sind. Unter anderem: Heinrich Dinkelbach von der Erzhandverwaltung für Eisen und Stahl, Düsseldorf, Generaldirektor Dr. Wilhelm Roelen, "Gewerkschaft Walsum", Generaldirektor Greis von Glanzstoff-Courtauldes, Dr. Spevens, Vorstandsmitglied der Kepa, Essen-Werhahn.

Der katholische Unternehmerverband will die Grundgesetze katholischer Wirtschaftspolitik und Sozialauffassungen in den anderen, nicht konfessionellen Arbeitgeberverbänden durchsetzen. Programmatisch stützt er sich auf die beiden Sozialzyklen und möchte aus diesem Grunde auch keine Protestanten in seinen Reihen aufnehmen. Der Wunsch nach einer eigenen Organisation der katholischen Unternehmerschaft wurde durch die Bewegung der katholischen Aufrüstung, die im letzten Jahr Westdeutschland bereiste, sowie durch deren Tagungen in Caux hervorgerufen. In Holland besteht bereits eine ähnliche Organisation, mit der Direktor Greis bei der kürzlichen Tagung der Industrie- und Handelskammern in Rotterdam Fühlung genommen hat. Auch Roelen verfügt durch seine Tätigkeit bei der "Gewerkschaft Walsum" und den Püssenachen Gas- und Wasserwerken, die zu der holländisch bestimmten Gruppe des Püsser-Bournemise-Konzernes gehören, über langjährige und enge Beziehungen nach Holland und Belgien.

Inwieweit der katholische Unternehmerverband sich für eine ständische Ordnung der Wirtschaft einsetzen wird, ist noch nicht zu übersehen. Bisher liegt der Akzent auf der Sozialpolitik. Ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Betriebsführung wird durchweg von den genannten Persönlichkeiten abgelehnt. Andererseits sind aus diesen Kreisen Ansätze zu einer Lohnreformbewegung gemacht worden. Greis, der zugleich Präsident der Industrie- und Handelskammer in Köln ist, hat in seinem Betrieb ein Lohnsystem vorbereitet, nach dem die Arbeiter über den Tariflohn hinaus an dem Umsatzergebnis beteiligt werden sollen.

+

sp. Die Bildung eines konfessionellen Unternehmerverbandes liegt ganz auf der Linie der seit langem zu beobachtenden und ständig wachsenden katholischen Bemühungen um weitestgehenden Einfluß auf die Wirtschaft und damit auf die Politik. In der letzten Zeit, die zunehmend im Zeichen des kommenden westlichen Wahlkampfes steht, ist dieses Bestreben besonders deutlich.

Den katholischen Unternehmerskreisen ist allmählich klar geworden, daß die Wirtschaftsentwicklung zwangsläufig in einer Richtung verläuft, die sie zumindestens noch außen hin zur Überprüfung

ihre bisherige Haltung nötigt. Man weiß, daß die Frage der Sozialisierung der Grundstoffindustrien das Kernproblem der künftigen Wirtschaftspolitik sein wird und man versucht, dieser Tatsache, die man im eigenen Interesse begreiflicherweise für sehr gefährlich hält, durch eine möglichst wirkungsvolle Sozialpropaganda entgegenzuwirken. Immer taucht in demselben Augenblick, in dem ein Mitbestimmungsrecht für Arbeitnehmer abgelehnt wird, in diesen Kreisen die These von der Gewinnbeteiligung der Arbeiter auf. Sie ist aber nur ein gänzlich unzureichender Ersatz für die Sozialisierung, selbst für anständige Löhne. Diese ganze Politik ist in ihrem Endziel gegen die Freizügigkeit der Arbeiter gerichtet, sie will eine Art erneuerten hierarchischen Verhältnisses, ein wohlwollendes Patronat der Unternehmer über den Arbeiter schaffen, das durch die Schuld des Kapitalismus gänzlich verloren ging.

Alle diese Dinge, die in harmlosen und gewinnenden Formulierungen vorgeschlagen werden, laufen zuletzt auf den ständischen Gedanken hinaus, mit dem der Arbeiter politisch entmündigt werden soll. Für diesen Gedanken trat erst kürzlich in aller Öffentlichkeit derselbe Kardinal Frings ein, der auch in Königswinter als angesehenster Mittelpunkt zugegen sein wird. Die Sozialdemokratie kann in alledem nichts anderes als den Versuch dieser katholischen Arbeitgeber sehen, sich eines wirtschaftlichen Opfers zu entziehen, das die gründliche und aufrichtige Lösung der sozialen Frage nun einmal verlangt und auf einem machtpolitischen Anspruch zu beharren, den zu erheben sie jedes Recht verwirkt haben.

Konkurse und ein brennender Stall

sp. Es gibt Meldungen, die man zweimal lesen muß, weil man sie vor lauter Kopfschütteln bei der ersten Lektüre nicht recht versteht. Zu dieser Kategorie schwerbegreiflicher Nachrichten gehört auch der Bericht, den das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen herausgeben mußte und aus dem man erfuhr, daß jetzt im Baugewerbe die ersten Konkurse angemeldet worden seien. Man stelle sich vor: Deutschland ist ein blühendes Land mit einem Übergang zu an schönen, einfachen Wohnhäusern, die Fabriken rauchen in stolzer wiedererstandener Pracht aus sämtlichen Schornsteinen; Krankenhäuser, Schulen, Altersheime, Erholungsstätten - alles das ist im Überfluß da, von Kellerwohnungen und Mansarden weiß kein Mensch mehr etwas. Da kann es schon passieren, daß die eine oder andere Baufirma Konkurs anmelden muß. Freilich, das Traumbild verschwindet rasch, wenn man anschließend folgende Meldung liest: "In einem Flüchtlingsquartier in Ostfriesland kamen zwei jährige Zwillinge ums Leben, als die Hütte in Brand geriet. In dem nur sechs Quadratmeter großen Raum eines ehemaligen Schafstall, waren sechs Personen untergebracht."

Sechs Menschen in einem Schafstall und Konkurse von Baufirmen! Dieser Vers reimt sich schwer zusammen. Muß nicht doch ein Erhebliches im Gebälk des Sozial- und Wirtschaftsgefüges Westdeutschlands wenig standhaft sein, wenn derlei Dinge möglich sind, wenn Baufirmen erheblich über zurückgegangene Bauaufträge berichten und auf der anderen Seite Menschen im Elend verkommen, weil sie keine menschenwürdige Unterkunft haben?

(b/B14a/253/1/hs)